



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 12.12.2018, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Namensänderung der Grundschule Anton-Bruckner-Schule in Sophie-Scholl-Schule

Vorl.Nr. 284/18

Beschlussempfehlung:

Der Name der Grundschule „Anton-Bruckner-Schule - Grundschule Ludwigsburg“ wird zum Schuljahr 2019/20 geändert in „Sophie-Scholl-Schule - Grundschule Ludwigsburg“, vorbehaltlich der Zustimmung der Schulkonferenz.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** eröffnet die letzte Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales in diesem Jahr, begrüßt die Anwesenden und dankt dem Gremium für das Engagement im vergangenen Jahr. Nachdem es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft er TOP 1 auf.

EBM **Seigfried** begrüßt die Vertreter der Schulen. Die schulischen Mitwirkungsgremien haben sich mit diesem Thema befasst. Die Gesamtlehrerkonferenz habe sich mit 16 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme für die Umbenennung in Sophie-Scholl-Schule ausgesprochen. Der Elternbeirat mit 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen, sowie die Schulkonferenz mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung. Mit Schreiben vom 6.12.2018 sei das Gremium hierüber informiert worden. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Man gehe mit der Entscheidung der schulischen Gremien mit, so Stadtrat **Meyer**. Dennoch bittet er die Verwaltung für Hans Scholl ebenso eine Würdigung vorzusehen. Er stelle sich eine Gedenktafel am Mörike Gymnasium, das Hans Scholl besucht habe, vor. Es könne aber durchaus auch eine Würdigung in einer anderen Gelegenheit geben.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** erinnert an die Pflanzung eines Rosenstrauches. Die Namensgeberin sei sehr würdig, so Stadträtin Steinwand-Hebenstreit.

Stadtrat **von Stackelberg** merkt an, dass die Entscheidung der Schule überlassen worden sei. Er habe den Namen Geschwister-Scholl favorisiert. Dennoch unterstütze er die Entscheidung und stimme zu. Weiter geht er auf den Antrag des Jugendgemeinderates ein.

Der gegangene Weg sei richtig gewesen, so Stadträtin **Moersch**. Ihre Fraktion sei offen für beide Namen gewesen. In der Schule solle immer wieder auf Sophie Scholl hingewiesen werden.

Stadtrat **Heer** merkt an, dass er die Entscheidung der schulischen Gremien respektiere und hoffe auf eine pädagogische Aufarbeitung. In gewisser Weise solle auch Hans Scholl gewürdigt werden.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass der letzte Impuls durch den Jugendgemeinderat gekommen sei. Die Schulgemeinde habe sich mit diesem Thema beschäftigt. Insoweit werde die Entscheidung eine Resonanz innerhalb der Schule erfahren. Die Platzierung von Hans Scholl im Mörike Gymnasium nehme er gerne mit und nimmt es als Anregung auf um mit der Schule in das Gespräch zu gehen. EBM Seigfried lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 1.1**Umbenennung der Anton-Bruckner-Schule zu Sophie-Scholl-Grundschule oder Geschwister-Scholl-Grundschule
- Antrag des Jugendgemeinderats vom 14.06.2018****Vorl.Nr. 240/18**

Beratungsverlauf:

Der Antrag des Jugendgemeinderates Nr. 240/18 ist mit dem Empfehlungsbeschluss zur Vorlage 284/18 erledigt.

Beschluss:

Der Einführung des Schulversuchs NwT als Leistungsfach in der Kursstufe ab dem Schuljahr 2020/21 am Goethe-Gymnasium wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft Top 2 auf und begrüßt den Schulleiter des Goethe-Gymnasiums.

Herr **Medinger** (Schulleiter Goethe-Gymnasium) erklärt den Antrag der Schule, geht auf die Vorlage und die innere Struktur des Goethe-Gymnasiums ein. Das Profilfach NWT werde an anderen Gymnasien häufig gewählt. Die Ausstattung sei ohne Einschränkung gegeben, hierfür dankt er dem Schulträger.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** unterstützt dieses Angebot gerne. Es sollten unterschiedliche Schwerpunkte auch in den Vertiefungsbereichen angeboten werden. Die Jugendlichen sollen viele Impulse bekommen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** werde ebenso zustimmen. Die Entscheidung liege bei der Schule. Die Schulen seien gut ausgestattet. Dennoch will sie wissen, wie der Stand des regionalen Schulentwicklungsplanes sei. An den Schulen und der Ausstattung solle nicht gespart werden.

Der Antrag komme überraschend, so Stadtrat **von Stackelberg**. Er habe den Antrag eher vom Mörike-Gymnasium erwartet, da dort das Fächerprofil eher naturwissenschaftlich sei. Bisher hatte man eine gute Profilierung an den einzelnen Gymnasien ausgemacht. Er werde der Vorlage zustimmen. Dennoch will er wissen, wie das Modell umgesetzt werde.

Die Antragstellung habe sie nicht gewundert, so Stadträtin **Moersch**. Das Goethe-Gymnasium habe eine herausragende Ausstattung. Die Schulen müssen sich breit aufstellen, profilieren und auf die Zukunftstechnologien einstellen. Der Campus habe ein großes Einzugsgebiet und eine Anziehung auch auf die umliegenden Gemeinden. Man habe in der Vergangenheit viel in den Campus investiert. Sie halte dieses Angebot für den richtigen Weg.

Als ehemaliger Schüler des Goethe-Gymnasiums spricht Stadtrat **Heer** aus persönlicher Erfahrung. Die Ergänzung sei gut und passe in das Portfolio.

Herr **Medinger** geht auf die offenen Fragen ein. Das Profilfach NWT sei aus den Bereichen Physik, Erdkunde, Chemie und Medizintechnik zusammengesetzt. Später komme zusätzlich Informatik dazu. Weiter geht er auf den Vergleich zu IMP ein. Es werde praxis- und ergebnisbezogen unterrichtet. Ein detaillierter Bildungsplan gebe es noch nicht. Dieser sei provisorisch erstellt worden. Ein Stoffverteilungsplan liege vor. An den allgemeinbildenden Gymnasien gebe es

Abgänge zu den beruflichen Gymnasien. Durch dieses Angebot hoffe man auf einen geringen Wechsel.

Frau **Schmetz** (Fachbereich Bildung und Familie) ergänzt, dass die regionale Schulentwicklung ein freiwilliger Zusammenschluss der Städte rund um Ludwigsburg sei. Die statistische Auswertung erfolge Anfang nächsten Jahres, danach erfolge ein Bericht im Gremium.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Den Änderungen der Betreuungszeiten entsprechend der Nachfrage laut Anlage 1 wird zugestimmt.
2. Dem Personalmehrbedarf in städtischen Einrichtungen von 0,6 Stellen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** und Herr **Brändle** (FB Bildung und Familie) erläutern die Vorlage. In der Trägerkonferenz sei einstimmig dieses Programm befürwortet worden. Weiter geht Frau Schmetz auf die Änderungen in den Öffnungszeiten ein. Man sei mit diesem Modell sehr flexibel und könne auf den Bedarf der Eltern eingehen.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** stimmt gerne zu. Die Angebote werden auf die Nutzer passend verfeinert. Heute wolle er zum Thema TakatukaLand keine Diskussion führen, dennoch sei ihm die Platzausweisung wichtig.

Die Vorlage sei die Reaktion auf den Elternbedarf, so Stadtrat **Kasdorf**. Er werde ebenso zustimmen. Dennoch wolle er aktuelle Informationen zum HCL Clubhaus.

Die Flexibilität werde erwartet und gerne angenommen, so Stadtrat **Daferner**. Er stimme gerne zu und hoffe, dass die Flexibilität erhalten bleibe. Ebenso wünsche er nähere Information zum HCL.

Ebenso Zustimmung erfolgt von Stadträtin **Moersch**. Auf die Bedarfe der Eltern einzugehen fordere Zeit, sei aber durchaus lohnend und spreche für die Kommune.

Auch Stadtrat **Heer** freut sich auf die flexible Reaktion. Klärungsbedarf sehe er beim HCL. Er stimmt gerne zu.

Frau **Schmetz** berichtet über den aktuellen Sachstand zum TakatukaLand. Hier sei die Parkraumbewirtschaftung noch zu klären. Sobald diese Thematik gelöst sei, werde im Gremium darüber berichtet.

EBM **Seigfried** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

TOP 4**Feuerwehr Ludwigsburg: Einschätzungen und
Perspektiven des Fachbereichsleiters
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt Herrn **Bockemühl** (Kommandant) und Herrn **Huppert** (stv. ehrenamtlicher Kommandant).

Herr **Bockemühl** (FB Feuerwehr und Bevölkerungsschutz) berichtet über die Feuerwehr Ludwigsburg anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Insbesondere geht er auf die Standorte der Feuerwehr Ludwigsburg im Überblick, auf die Einsatzzahlen, die Struktur und Führung, die Einsatzorganisation, den Aufbau des Fachbereiches und den Brandschutzbedarfsplan ein.

EBM **Seigfried** bedankt sich bei Herrn Bockemühl und merkt an, dass sich die Zusammenarbeit sehr gut entwickelt habe. Die Aufwertung der Feuerwehr als Fachbereich habe einigen Umstrukturierungsbedarf gebracht aber auch die Feuerwehr innerhalb der Stadtverwaltung aufgewertet. Nachdem keine Fragen aus dem Gremium eingehen, schließt EBM Seigfried diesen TOP.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft TOP 5 auf und begrüßt die anwesenden Leitungskräfte des Fachbereiches.

Anlässlich des künftigen Dezernatswechsels berichtet Herr **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) über den Fachbereich und die Tätigkeitsschwerpunkte in diesem Jahr anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Zum Einstieg zeigt er das aktuelle Organigramm. Er geht auf die einzelnen Abteilungen ein. Insbesondere geht er beim Team Polizeirecht auf die Versammlungsbehörde, Waffenbehörde, Überprüfung der Kampfhunde, häusliche Gewalt, psychisch Kranke, Obdachlosenunterbringung und die Anschlussunterbringung von Geflüchteten, sowie Demonstrationen ein. Weiter informiert er über das Team Gewerbe und Gaststätten. Man erteile jährlich etwa 50 Gaststättenkonzessionen, so Mayer. In diesem Jahr habe man bereits 400 Gestattungen, 900 Gewerbe An- und Abmeldungen, sowie regelmäßige Gaststättenkontrollen gemeinsam mit Landratsamt und Polizei durchgeführt. Darüber hinaus führe man im Sinne des Jugendschutzes Alkohol Testkäufe durch. Beim Team Veranstaltungen habe es dieses Jahr 170 Einsätze gegeben. Die Anzahl steige kontinuierlich. Die Veranstaltungssicherheit sei ein wichtiges Thema. Bei der Straßenverkehrsbehörde gehe es um die Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr. Die Unfallkommission ist hier ebenfalls angesiedelt. Weiter geht er auf das Justizariat ein. Viel Kapazität binde hier der Bereich Datenschutz. Weiter informiert Herr Mayer über die Bußgeldstelle mit den Aufgaben der Verkehrsverstöße durch Falschparker, Geschwindigkeitsüberschreitungen, Rotlichtmissachtung, fehlende Umweltplakette, Mobiltelefonbenutzung, sowie die Verstöße gegen die Polizeiverordnung, Jugendschutzgesetz, Gaststätten-, Aufenthalts-, Melde- und Gewerbeberecht. Es habe in diesem Jahr bereits über 140.000 Fälle mit Einnahmen von über 2,7 Millionen Euro gegeben. Zuletzt berichtet Herr Mayer über die Vollzugsbehörde. Der Kommunale Ordnungsdienst habe in diesem Jahr bereits 7000 Kontrollen durchgeführt. Der städtische Vollzugsdienst ist in zwei Teams eingeteilt. Hierunter fallen der ruhende Verkehr und die Radarkontrollen. Es habe über 60.000 Parkverstöße und 90.000 Geschwindigkeitsüberschreitungen gegeben.

EBM **Seigfried** dankt für den Vortrag. Beeindruckend seien die Menge an Verstößen und die darauffolgende Abarbeitung im Detail. Er merkt an, dass gerne auf Kontrollen verzichtet werde, soweit die Regeln eingehalten werden. Leider habe diese Bereitschaft extrem abgenommen. Mit einer Kontrolle der gefährdeten Stellen könne hier ein Stückweit davon abgehalten werden. Weiter geht er auf das Thema Obdachlosigkeit und die künftige Aufgabenverteilung aufgrund des Dezernatswechsels ein. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Dengel** geht auf die Problematik der vermehrt auftretenden Bettler in der Weihnachtszeit ein und in wieweit hier kontrolliert werde.

Stadtrat **von Stackelberg** bedauert den anstehenden Dezernatswechsel, da es Schnittmengen gebe. Weiter wünscht er Informationen zu den Zuständigkeiten des Landkreises und den Schnittstellen und wie hier die Absprachen erfolgen. Direkt spricht er die unlängst stattgefundene Kontrolle an der Frankfurter Straße an, die zu einem erheblichen Verkehrsstau geführt habe.

Über die Vielfalt der Fälle wundert sich Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Weiter spricht sie die Fluktuation der Mitarbeiter an und wünscht nähere Information zur Personalsituation und Aufstellung. Sie fordert mehr Kontrollen, auch bei der Missachtung des Lärmschutzes.

Ein Nummernschild an die Fahrräder fordert Stadtrat **Link**. Weiter weist er auf die parkenden Autos im Kurvenbereich Maulbronnerstraße an. Hier bittet er um eine entsprechende Markierung.

Herr **Mayer** geht auf die offenen Fragen ein. Es gebe unterschiedliche Sachverhalte mit verschiedenen Kompetenzen. Auf die Partner, wie Polizei und Wirtschaftskontrolldienst werde zurückgegriffen. Die angesprochene Kontrolle in der Heilbronner Straße sei eine Schwerpunktkontrolle der Polizei gewesen und mit der Stadtverwaltung nicht abgesprochen. Die Fluktuation, vor allem im städtischen Vollzugsdienst, sei relativ hoch. In Zusammenarbeit mit der Polizei werden regelmäßig Fahrradfahrer kontrolliert. Bei Verstößen gebe es eine Verwarnung.

Leider werden Regeln zum Teil nicht beachtet, so EBM **Seigfried**. Für ein gutes Zusammenleben sei die Einhaltung von Regeln ein wichtiges Element. Die Mitarbeiter des kommunalen Ordnungsdienstes seien häufig an Schwerpunkten eingesetzt, vor allem in der Nacht. Die Verkehrskontrollen seien nachrangig. Für vermehrte Kontrollen müsse das Personal aufgestockt werden.

Stadträtin **Faulhaber** merkt an, dass das Dezibel Display auch in den Stadtteilen und Ausfallstraßen eingesetzt werden solle.

Stadtrat **Weiss** will wissen, wie oft in den Stadtteilen kontrolliert werde.

Herr **Mayer** informiert, dass die Standorte für die Lärmmessungen gewechselt werden. Man gehe gegen aggressives Betteln und organisierte Bettlerbanden vor.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** merkt an, ihr sei aufgefallen, dass Bettlerbanden hauptsächlich am Wochenende in der Stadt seien.

EBM **Seigfried** schließt diesen TOP.

geänderter Beschluss:

Der Zuschuss zur Finanzierung der Fachberatungsstelle für Frauen mit dem Schwerpunkt sexualisierte Gewalterfahrung sowie der allgemeinen Lebensberatung beim Verein Frauen für Frauen e. V. wird ab dem Jahr 2019 befristet für ~~drei Jahre~~ **ein Jahr** um 10.000 Euro auf künftig 45.500 Euro erhöht. *Für das Jahr 2020 werde eine kreisweite Lösung erwartet.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Link

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft TOP 6 auf und begrüßt Frau Scheuing-Bartelmess vom Verein Frauen für Frauen. Nachdem kein Sachvortrag gewünscht wird, eröffnet er die Aussprache.

Das Projekt gebe es seit drei Jahren, merkt Stadträtin **Seyfang** an. Sie geht auf die Anzahl der Beratungen ein. Ein großer Teil komme aus dem Landkreis. Sie sei der Meinung, dass das Landratsamt ein großes Interesse auf eine Weiterfinanzierung haben müsse. Sie schlägt vor, dass der Zuschuss für ein weiteres Jahr gewährt wird und danach eine Berichterstattung erfolge. Zudem fragt sie nach weiteren möglichen Zuschüssen und Fördermitteln, wie auch der Einstieg anderer Kommunen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** werde der Vorlage zustimmen. Die Maßnahme sei notwendig.

Die Notwendigkeit sieht Stadtrat **von Stackelberg** ebenso und lobt die Arbeit. Dennoch sehe er die Verantwortung mehr beim Landkreis als bei der Stadt. Er wünsche mehr Information zu weiteren Zuständigkeiten, vor allem, dass es in den Angeboten keine Dopplung gebe. Er könne für ein weiteres Jahr zustimmen, auch mit dem Hintergrundwissen, dass bei einer Einstellung dies problematisch sei. Er wünsche einen Bericht in einem Jahr. Zudem wolle er wissen, wie die Finanzierung auf Dauer geplant sei.

Stadtrat **Weiss** lobt ebenso die Arbeit des Vereins. Ihn interessiere den Finanzierungsplan für das Jahr 2019. Arbeitsrechtlich sehe er ein Problem bei einer Bezuschussung für ein Jahr. Zudem wolle er wissen, wie die Vernetzung mit dem Integrationsbeirat sei. Er wünsche ebenso einen Bericht in einem Jahr.

Der Verein leiste eine gute Arbeit, so Stadtrat **Heer**. Problematisch sehe er grundsätzlich projektbezogene Förderungen. Eine Befristung sei ein gangbarer Weg, dennoch sollen befristete Aufträge auch abgeschlossen werden. Er könne der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Kube** stimmt der Vorlage zu. Der Bedarf und die Notwendigkeit werden weiterhin

bestehen.

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement und Soziales) geht auf die offenen Fragen ein. Es gebe komplexe Fragen, die an den Verein weitergeleitet werden. Im Bereich Integrationsmanagement könne diese Aufgabe nicht geleistet werden. Der Bedarf sei gegeben. Ihm seien keine weiteren Beratungsstellen bekannt.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass diese ergänzende Förderung örtlich von Bedeutung sei. Es könne dennoch auch als Aufgabe des Kreissozialamtes gesehen werden.

Frau **Scheuing-Bartelmess** merkt weiter an, dass man über eine neue Konzeption nachgedacht habe. Der Fokus liege auf der Beratungsstelle in Ludwigsburg, die Informationsveranstaltungen und Besuche im Landkreis sollen künftig entfallen. Das Restdefizit bei der Finanzierung müsse eventuell über Spenden aufgefangen werden. Ab 2020 müsse eine neue Finanzierung aufgestellt werden.

Die Einschränkungen des Landkreises seien suboptimal, so Stadtrat **Heer**. Er wünsche sich eine direkte Kontaktaufnahme zu den Nachbargemeinden bezüglich einer Finanzierungsbeteiligung.

Stadtrat **Dengel** spricht die Vereinbarung auf Kostenbeteiligung bei häuslicher Gewalt zwischen den Kreiskommunen an.

Nähere Informationen zur Kalkulation fordert Stadtrat **Weiss**. Das Jahr 2019 sei problematisch. Für das Jahr 2017 habe es Einnahmen vom Hilfswerk in Höhe von Euro 31.000,-- gegeben. Hier könne die Hälfte noch für das Jahr 2018 eingesetzt werden.

Frau **Scheuing-Bartelmess** teilt mit, dass der Landkreis eine weitere Beteiligung signalisiert habe. Das Frauenhaus werde über einen Tagessatz finanziert. Die Zusammenarbeit mit der Interventionsstelle sei sehr gut. Die Finanzierung werde nach dem Einwohnerschlüssel aufgeteilt.

Stadtrat **Meyer** merkt an, dass im Gremium die einheitliche Meinung sei, dass für das Jahr 2019 ein Zuschuss gewährt werde. Die Entscheidung für das Jahr 2020 mache er von der Entscheidung des Landkreises abhängig.

EBM **Seigfried** formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag. Für das Jahr 2019 solle einmalig ein Zuschuss gewährt werden. Für das Jahr 2020 werde eine kreisweite Lösung erwartet. EBM Seigfried lässt über den geänderten Beschlussvorschlag wie oben kursiv eingefügt abstimmen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.